

Betr.: Einrichtung eines terrestrischen offene Kanals

Soweit ich das überschaue, denkt der AL-Medienbereich darüber nach, die Einrichtung eines offenen Hörfunkkanals ab Antenne nach dem Vorbild des offenen Kanals im Kabel zu fordern. Obwohl es einige Trägervereine gibt (Bürgerradio e.V., MIG e.V.) funktioniert die Vergabe von Sendezeit dort im wesentlichen nach zwei Prinzipien:

1.) Alles, was nicht gegen bestehende Gesetze verstösst, darf (genauer: muss) gesendet werden. Eine inhaltliche Bewertung findet nicht statt.

2.) Wer senden will, hat eine Hürde zu überwinden, das "Prinzip Schlange". Da alle Begehren von BürgerInnen ohne Blick auf Inhalt oder gar Relevanz (was immer das sein mag) gleichwertig behandelt werden müssen, wird die Sendezeit "gerecht", d.h. in kleinen Häppchen mit möglicherweise entsprechenden Wartezeiten verteilt.

Unterstellt, der AL-Medienbereich will hier die Idee "freier Radios" (die " " deshalb, weil es sie idealtypisch noch nie und nirgendwo gegeben hat) auf breiter Basis legal im Äther umsetzen, im folgenden ein paar Argumente, warum das mit dem Modell Offener Kanal nicht funktionieren kann. Erfahrungshintergrund sind der offene Kanal selbst und die Sendungen des Bürgerradios bei Radio 100, die jetzt auf 100,6 ausgestrahlt werden.

Offener Zugang

Der OK realisiert den offenen Zugang zwar optimal, allerdings kann eine Frequenz mit "nur" 24 Stunden Sendebetrieb unmöglich alle Sendezeitwünsche ausreichend berücksichtigen, schon garnicht wenn sich eine wie auch immer geartete soziale Bewegung ein Sprachrohr verschaffen will. Das Prinzip Schlange verstreut den Inhalt beliebig und bis zur Unkenntlichkeit über das Programm. Es ist naiv anzunehmen, das irgendein gymnasialer DJ auf seine mühsam erwartete Sendezeit verzichtet, um, jüngstes Beispiel, einem SchülerInnenstreikradio Raum zu geben. Die Bewegung wird, notgedrungen, weiter Flugblätter drucken und sich ansonsten an die etablierten Medien halten.

Grenzen des Sendbaren

Der weite Rahmen der "bestehenden Gesetze" ist sicher relativ leicht durch eine Art Redaktionsstatut einzugrenzen, das z.B. die

Verbreitung sexistischer und rassistischer Produkte ausschliesst. Aber: selbst wenn eine solche Regelung greift, wird nur ein Bruchteil der Programme emanzipatorischen Inhalts sein. Das Sendungsbewusstsein, so vorhanden, treibt die wildesten Blüten, die von schlichter Dummheit bis hin zum gebetsmühlenartigen repetieren irgendeiner Wahrheit reichen. Der, allerdings heiss ersehnte, Spieltrieb tut ein Übriges: Der Keim der Bewegung ersäuft hoffnungslos im Teich medialer Selbstbespiegelung.

Emanzipatorischer Zugang zur Technik

Die Einrichtung eines OK auf einer entsprechend reichweitenstarken Frequenz macht eine aufwendige, wenigstens semiprofessionellen Studiotechnik notwendig, die entsprechend undurchschaubar bleibt. Davon abgesehen ist sie teuer und anfällig. Horrorvision: Nach den Erfahrungen mit dem OK Kabel und den Medienwerkstätten entsteht damit fast zwangsläufig eine Kaste von Mediensozialarbeitern (die eigentlich lieber MacherInnen eines "richtigen" Mediums wären), die notgedrungen die überforderten RadiomacherInnen am Gerät betreut. Eine indirekte Einwirkung auf Inhalt und Form schleicht sich ein, die Mediensozialarbeiter erscheinen als "Profis" (allerdings zu unrecht, die meisten sind eben Sozialarbeiter mit medialen Ambitionen und weder pädagogisch noch technisch versiert). Der kreative Prozess findet nur im Rahmen der gesetzten Maßstäbe statt. Einige wenige, die in der Gunst der Medis stehen, breiten sich aus, der grosse Rest versucht sich im kopieren etablierter Medien oder bleibt aussenvor. Die Medis heben in eine Mischung von Grössenwahn und Frustration ab.

Puhh. Genug geunkt, nur ein letztes noch:

Das im AL-Medienbereich zitierte Beispiel Rheinhausen spricht nicht für, sondern gerade gegen die Einrichtung eines OK nach obigem Muster. Es gab weder eine Zugangsregelung, also Schlange, die Bewegung stand ausser Konkurrenz, noch Mediensozialarbeiter, die Inhalt oder Form verfälscht oder gar eigene Ambitionen durchgesetzt hätten. Rein technisch wurde eine Heimvideoanlage mit dem Verstärker einer Kabelfernsehanlage in einer Grosssiedlung mit 5000 Anschlüssen gekoppelt, das war's. (oder ist's immer noch)

und jetzt..nur für einen Moment..die bundesrepublikanische Medienwirklichkeit plus entsprechender Gesetzteslage vergessen...

DER FLUG DER WALKWOMEN

Für weniger als 1000 Mark lässt sich ein UKW-Stereosender bauen der eine Reichweite von 2-3 km hat, und das bei durchpassabler Übertragungsqualität. Natürlich entspricht das nicht den Postvorschriften und kostet vielleicht auch 2000 Egal. Jede Hifi-Anlage kann mit einem Mischpult für weiter DM zum Sendestudio werden, Walkman bieten mittlerweile

am Preis hervorragende Aufnahmequalität, das Mikro ist schon eingebaut. Die Technik ist simpel und billig zu ersetzen, und wirklich jede/r kann sich mit dem Umgang vertraut machen und dabei eigene Ideen entwickeln. Radio von unten macht nur Spass, wenn learning by doing möglich ist, und das bis zum Umfallen, senden eingeschlossen. Hightech-Gerümpel ist überflüssig, Medis dito.

Stichwort: Cassettenradio

Angenommen, die Sender haben einen Reichweitenradius von 2 - 3 km, passen mindestens zwei davon in jeden Bezirk, denn: all die kleinen Kisten senden auf einer Frequenz. Aufgestellt sind sie in Schulen, Volkshochschulen und bei BI's, die Unis nicht vergessen. Gesendet werden kann unbegrenzt lange. Den Zugang zum Sender regeln die RadiomacherInnen selber, Einzelpersonen und Gruppen müssen sich absprechen und geben sich einen bezirklichen Rundfunkrat, im wahrsten Sinne des Wortes. Auch hier wird es das Prinzip Schlange geben, allerdings in ganz anderen Dimensionen.

Angenommen, es gibt in Berlin-West 20 Zwergsender, sind das 20 x 24 Stunden Sendezeit, genug Platz für Vielfalt und Einfalt.

Ein berlinweites Redaktionstatut müsste her, hier sei ein Blick ins Statut von Radio 100 empfohlen. (Quotierung, Minderheiten, Selbstverwaltung etc.) Presserechtliche Verantwortung regelt der Bezirksrat.

Im Falle von Bewegung, nocheinmal Beispiel Schulstreik, können sich die Sender verketteten, d.h. durch Programmübernahme weit über ihre Bezirke hinaus gehört werden. Der dezentralen Entwicklung wird so ebenso Rechnung getragen wie der Berlinweiten. Die Verkettung wird vom Rat der Räte, der nur zu diesem Zweck von den Bezirksräten gewählt ist, kontrolliert. Verkettungen sind nur zeitlich beschränkt zulässig. Bewegungsradio ist möglich, aber nicht zwingend.

Schon gut, ich komm zurück auf den Teppich. Mal abgesehen vom Postmonopol (zu dem die meisten RADIO 100 MitarbeiterInnen übrigens eine ganz spezielle Meinung haben) dürfte in dem Chor der gequält Aufschreienden oder Lächelnden von Bundesregierung über Öffentlichlich-Rechtlichen bis hin zu den Alliierten wohl niemand fehlen, von der AL garnicht zu reden.

Trotzdem wären mir MedienigelInnen mit so einer Utopie (jetzt ist es raus) im Kopf allemal lieber als Realo-MedienpädagogInnen, die sich mit den Gegenöffentlichkeitsideen der späten Siebziger abmühen. Das schadet Schamoni mit Sicherheit nicht, und ein OK nach PK-Muster wäre dünnblütig, pädagogisch und unpolitisch - letztlich also überflüssig. Es sei den als mediales Feigenblatt, um den Kommerzfunkekn argumentativ ein bisschen Luft zu verschaffen. Genau das aber war und ist der OK, und genau so war er immer gedacht.

Frank Holzkamp, Radio 100